

Aus der Türkei ★★★★★ Aus Türkei-Kurdistan ★★★★★ Aus der BRD

Tatsachen

Zeitschrift der Föderation der Demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der BRD e.V. (DIDF)

Gleiche Rechte für alle- keine Freiheit für die Feinde der Demokratie!

Entsetzen, Schamgefühl, Empörung, Abscheu, Trauer, Fassungslosigkeit... Das sind wohl einige der Wörter, die in den Tagen nach den Morden in Mölln am meisten gebraucht wurden. Sie wurden gebraucht von Menschen, die ihren ehrlichen Gefühlen Ausdruck verleihen.

Sie wurden aber auch gebraucht von denjenigen, die mit ihren Diskussionen um das sogenannte Asyl- und Ausländerproblem eine fremdenfeindliche Stimmung erzeugt, den Rassismus geschürt haben. Die Morde von Mölln, Wuppertal und Berlin sind so wie die Pogrome von Hoyerswerda, Rostock etc. eben auf diese Stimmungsmache zurückzuführen. Auch die vergossenen Krokodilstränen für die Opfer der rassistisch-faschistischen Übergriffe darf uns nicht über diese Tatsache nicht hinwegtäuschen.

- Denn sie sind es,
- die nach jedem rassistischen Angriff um Verständnis für die Täter bitten,
- die die "Lösung des Asylproblems" als die "Lösung aller Probleme" anpreisen,
- die die Mörder als "ein paar irreführte Jugendliche" lancieren und die faschistische Gefahr herunter-

spielen,
- die faschistischen Organisationen gewähren lassen...

Rassismus und Faschismus bedrohen nicht nur AsylbewerberInnen und ausländische ArbeiterInnen

Die feigen Morde vom letzten Wochenende machten eine Tatsache erneut deutlich: Die rassistisch-faschistischen Angriffe sind nicht nur gegen AsylbewerberInnen und ausländische ArbeiterInnen gerichtet. Andere gesellschaftliche Gruppen wie z.B. Behinderte, Juden, Obdachlose etc. werden ebenfalls Opfer dieser menschenfeindlichen Angriffe. Der Faschismus ist der Feind der Demokratie.

Diese Gefahr kann nur mit dem gemeinsamen Einsatz aller demokratischen Kräfte bekämpft werden. Wir dürfen uns nicht von den Spaltungsversuchen der Herrschenden ablenken lassen. Um diesen Zusammenschluß der DemokratInnen aller Nationalitäten schaffen zu können, müssen auch die politisch-sozialen Grundlagen geschaffen werden. D.h. unsere Trauer, Wut, Empörung müssen über das Mitgefühl für die Opfer hinausgehen. Wir müssen für ein gleichberechtigtes

Zusammenleben der "In- und AusländerInnen" eintreten. Nur wenn alle die gleichen Rechte haben, wird ihr gemeinsamer Einsatz für die Verteidigung der erkämpften demokratischen Rechte möglich sein. Solidarität mit den Opfern muß also auch den gemeinsamen Kampf für gleiche Rechte für alle beinhalten.

Keine Freiheit für die Feinde der Demokratie

Nach den Morden in Mölln hat der Generalbundesanwalt die Ermittlungen übernommen. Diesen Schritt erklärte er mit der hohen Zahl der Opfer. D.h. wenn die Opfer sich - wie bei den vorhergegangenen Anschlügen - hätten retten können, hätte er sich zurückgehalten und die "innere Sicherheit für noch nicht gefährdet" erklärt. Die Antwort auf die faschistischen Angriffe heißt heute gemeinsames Eintreten für das Verbot der faschistischen Organisationen und für eine harte Bestrafung der Täter.

Treten wir gemeinsam ein

- ◆ für ein gleichberechtigtes Zusammenleben von "In- und AusländerInnen"!
- ◆ für das Verbot faschistischer Organisationen und für die Bestrafung der faschistischen Mörder!

Die verletzte Menschenwürde oder das angekratzte Ansehen?

15 Tage waren vergangen, seit in Berlin mit einem Spektakel unter dem Motto "Die Menschenwürde ist unantastbar" und vielen prominenten Teilnehmern der ganzen Welt - und vor allem den Ländern, die aus Deutschland importieren bzw. in Deutschland investieren sollen - gezeigt werden konnte, wie "ausländerfreundlich" Deutschland doch sei. Daß kurz danach die ersten Schritte für eine Grundgesetzänderung unternommen werden sollten, das angeblich "alle Probleme in Deutschland lösen" könnte, war ein kleines, nichts nennenswertes Detail. Daß aber ausgerechnet die Morde vom letzten Wochenende in Berlin, Wuppertal und Mölln in diese Zeit fielen, paßte den meisten nicht in den Kram - am wenigsten denen, die so besorgt um das Ansehen Deutschlands im Ausland sind.

Nach den Pogromen in Rostock erklärten Sprecher der Wirtschaft, die Politik solle die Gefahr eines "drohenden Schadens" für die deutsche Exportwirtschaft abwenden. Eine Woche vor den Morden in Mölln sagte der Hauptgeschäftsführer der hessischen Unternehmerverbände, Hubert Stadler: "Ausländische Investoren, auf die wir gerade in den neuen Bundesländern angewiesen sind, zögern. Deutsche Unternehmer, die im Ausland investieren oder verkaufen wollen, bemerken Zurückhaltung bei ihren Partnern." Stadlers stoibersche Schlußfolgerung aus den die "Kulturnation beschämenden" Ereignissen: Die SPD müsse zusammen mit der Bundesregierung eine Grundgesetzänderung beim Asylrecht beschließen - "um weiteren Schaden von unserem Land abzuwenden". ("die tageszeitung" vom 21.11.1992)

Diese Sorge der Wirtschaftsbesse teilen auch die Politiker. Im Schweriner Landtag erklärte Ministerpräsident Berndt Seite am 28. August in einer Debatte über die Rostocker Pogrome: "Mecklenburg-Vorpommern ist ein gastfreundliches Land. Mecklenburg-Vorpommern möchte sich Deutschland und der Welt von seiner schönsten Seite präsentieren." ("die tageszeitung" vom 29.08.1992) Für die rassistischen Brandflaschenwerfer und die Beifallklatscher in Rostock-Lichtenhagen hatte er Verständnis, waren doch seiner Ansicht nach die Politiker, die einer Änderung des Artikel 16 GG nicht zustimmen, für ihr anfängliches Beifallklatschen verantwortlich. Sein Innenminister formulierte diesen "Ausländer raus"-Ruf im Parlamentarierdeutsch folgendermaßen: "Schuld an den Ausschreitungen ist nicht nur die nach wie vor ungelöste Asylproblematik. (...) Auch die Ausländer selbst haben den berechtigten Zorn der Bevölkerung provoziert, indem sie auf der Wiese campierten, das Umfeld verunreinigten und in den umliegenden Geschäften und Häusern kriminelle Handlungen begingen." (ebenda) Auch Bundeskanzler Kohl machte sich mehr Sorgen um das Ansehen Deutschlands im Ausland als das Leben der angegriffenen Menschen. Nach den "Vorfällen in Rostock" erklärte er: "Es kommt jetzt darauf an, daß alle demokratischen Parteien in der Öffentlichkeit deutlich machen, daß Deutschland ein ausländerfreundliches Land ist. (...) Rostock muß uns Mahnung sein." Und Sie können sich bestimmt unschwer vorstellen, was danach noch folgte: "Der Mißbrauch des Asylrechts muß endlich gelöst werden." ("die tageszeitung"

vom 28.08.1992)

Mit diesen und ähnlichen "Stamm-tisch"-Parolen wurde in Deutschland Stimmung gegen AsylbewerberInnen, ausländische ArbeiterInnen, Roma und Sinti usw. gemacht. Dazu kommt natürlich auch, daß die deutsche Justiz und Polizei ihre Sehkraft auf dem linken Auge tagtäglich immer mehr verlor. Die rassistischen und faschistischen Gewalttäter konnten -aus welchen Gründen auch immer- so gut wie nie gefaßt, Straftaten nicht verhindert werden. Können Sie sich vorstellen, daß in Schwerin, der Landeshauptstadt von Mecklenburg-Vorpommern, der Landtag in 5 aufeinanderfolgenden Nächten von einigen Hundert Neonazis angegriffen, zum Schluß abgefackelt wird und die Parlamentarier in ein anderes Gebäude umziehen müssen? Wenn es aber nicht um einen Landtag, sondern um ein Flüchtlingsheim geht, ist dies möglich in Deutschland.

Die Zusammenhänge zwischen dem Verhalten der Politiker, Wirtschaft, Polizei Justiz auf der einen Seite und der rassistisch-faschistischen Entwicklung auf der anderen gehen unserer Ansicht nach aus den obigen Beispielen deutlich hervor. Der berühmte rote Faden zieht sich durch die Asyldiskussion, sog. "Ausländerproblematik" und die Angriffe in Hoyerswerda, Rostock und Mölln durch.

Angesichts dieser Tatsache ist es der reinste Hohn, wenn die Schreibtischtäter ihr Bedauern für die Opfer von Mölln äußern. Es sei denn, es geht ihnen dabei wiederum um das geschätzte Ansehen Deutschlands im Ausland!!!

Es klingt genauso Hohn, wie wenn der türkische Generalstabschef sein

Mitgefühl für die kurdischen Opfer des Vernichtungskriegs in Kurdistan zum Ausdruck bringen würde. Und auch die Vertreter des türkischen Staates und türkische Medien haben eiligst eine verbale Offensive gegen die Neonazis und den deutschen Staat gestartet. Der türkische Botschafter in Bonn fordert den Bundesinnenminister auf, die Mörder zu finden und zur Rechenschaft zu ziehen. Im gleichen Atemzug stellt er auch die Forderung auf, entsprechend dem rassistischen Ausländergesetz die Wahlen in Deutschland für eine kurdische Nationalversammlung verbieten zu lassen. Das Ausländergesetz, das die Menschen nicht-deutscher Abstammung in Deutschland zu Menschen minderer Klasse degradiert und von einem sozial-politisch gleichberechtigten Zusammenleben ausschließt, dient dem türkischen Staat als Stütze bei seiner heuchlerischen Politik.

Was ist zu tun?

Auf diese Frage werden heute viele verschiedene Antworten gegeben. Das Spektrum reicht da von Auswanderung über Organisation von Selbstschutz bis hin zur Einführung eines Einwanderungsgesetzes. Unsere Föderation, die DIDF, setzt sich für den gemeinsamen Kampf für ein in sozialer und politischer Hinsicht gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen verschiedener Nationalitäten. Wir glauben, daß das Gegenteil von Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Faschismus nicht eine gut gemeinte "Ausländerfreundlichkeit" und Solidarität aus Mitleid sein können. Mit der heute verfolgten Sündenbockpolitik sollen Menschen gespalten werden, um sie von den wahren Verantwortlichen der sozialen und wirtschaftlichen Not ablenken zu können. Die Antwort darauf kann nur unser gemeinsamer Kampf für gleiche Rechte sein, damit wir uns gemeinsam dieser Politik widersetzen können. Die DIDF tritt für folgende Forderungen ein:

- die Gewährung der einfachsten Menschenrechte an AusländerInnen,
 - den Stop neonazistischer Angriffe und Propaganda,
 - die Beendigung ausländerfeindlicher und rassistischer Politik in den europäischen Staaten,
 - den Stop der Brandstiftungen, Überfälle und Morde gegen AusländerInnen bzw. ihre Einrichtungen,
 - die Bestrafung der Täter,
 - die Einstellung und das Verbot aller demagogischen Aktivitäten von faschistischen, rassistischen Organisationen und Gruppen, die die AusländerInnen als Verantwortliche allen Übels darstellen,
 - die Aufhebung aller Gesetze, die das Recht auf Organisierung und politische Betätigung für AusländerInnen einschränken,
 - die Gewährung gleicher politischer und sozialer Rechte mit dem passiven und aktiven Wahlrecht auf allen staatlichen Ebenen und die Aufhebung aller Gesetze, die ein Hindernis davor darstellen,
 - die Sicherstellung der Ausübung dieser Rechte!
- Wir fordern die Aufhebung aller Diskriminierungsgesetze gegen AusländerInnen und deren Folgen wie z.B.
- der Visumpflicht, die die Reisefreiheit einschränkt,
 - aller Regelungen die die ausländischen ArbeiterInnen bei der Arbeitsplatzsuche bzw. Entlassungen zum Freiwild machen
 - aller Bestimmungen, die die ausländischen Schüler mit einer deutschen Hochschulzugangsberechtigung an der Aufnahme eines Studiums einschränken bzw. verhindern,
 - der Praxis, als deren Folge über 60 % der Sonderschüler ausländische Kinder sind,
 - das Recht auf das Erlernen der Muttersprache in den Schulen,
 - aller Bestimmungen, in deren Fängen die AusländerInnen auf Behörden, in Schulen, Betrieben und den anderen Bereichen des öffentlichen Lebens schickanien und er-

niedrig werden!
Ferner fordern wir:

- Das Vermieten von Wohnungen an AusländerInnen muß gefördert werden!
 - Die Diskriminierung bei der Wohnungsvergabe muß unterbunden und unter Strafe gestellt werden!
 - Willkürlich erteilte Hausverbote, zu "ausländerfreien Zonen" erklärte Freizeit- und Unterhaltungszentren u.a. Formen von Diskriminierung, Erniedrigung und Beleidigung müssen unterbunden und unter Strafe gestellt werden!
 - Den AusländerInnen müssen genügend Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit sie ihre Kultur entwickeln und ihre Sprache erlernen können! Die Kürzungen der Mittel müssen rückgängig gemacht werden!
 - Es müssen Kampagnen usw. verwirklicht werden, um die Freundschaft und Solidarität zwischen den Einheimischen und AusländerInnen zu erreichen! Aktionen mit dieser Zielsetzung müssen finanziell und ideell unterstützt werden!
- Wir glauben: Solange es Menschen in Deutschland gibt, die keine gleichen Rechte haben, solange wird sein Ansehen gefährdet sein.

Tatsachen

zweimonatige Zeitschrift der Föderation der demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der BRD e.V. (DIDF)

Korrespondenzanschrift

DIDF

Egerstr. 77

4100 Mülheim 11

TEL 0205/75289

fax 0203/73804

einzelheftpreis: 2,50 DM

Abonnementbedingungen

10 Nummern 25,-DM + Porto

20 Nummern 50,-DM + Porto

V.I.S.d.P. Ibrahim Çakir

Trauer allein ist nicht genug!

14. März 1992: In Saal bei Rostock wird ein AsylbewerberInnenheim von Neonazis überfallen. Bei dem Überfall wird der Rumäne Dragomir Christinel, 18, zu Tode geprügelt.

18. März 1992: In Buxtehude bei Hamburg wird Gustav Schneeclaus, 53, von Skins erschlagen, weil er Hitler als Verbrecher bezeichnet hatte.

19. März 1992: In Flensburg wird der 31jährige Obdachlose Ingo Finnen von einem Neonazi ins Hafengebieten geworfen und ertrinkt dort. In einem vorhergegangenen Streit hatte das Opfer bekannt: "Ich bin ein Zigeuner."

25. April 1992: In Berlin-Marzahn wird der Vietnamesische Nguyen Van Tu auf offener Straße erstochen.

9. Mai 1992: In Magdeburg wird der 23jährige Torsten Lamprecht bei einem Überfall von Neonazis so schwer verletzt, daß er zwei Tage später seinen Verletzungen erliegt.

1. Juli 1992: Emil Wendland, 50, wird in Neuruppin (Land Brandenburg) von einem Neonazi erstochen, der mit einer Horde Neonazis auf "Pennerfang" war.

8. Juli 1992: In einem Arbeiterwohnheim bei Stuttgart wird bei einem Überfall der Kosovo-Albaner Sadri Berisha, 55, von Neonazis erschlagen.

1. August 1992: Zwei 17jährige erstecken im rheinland-ptälzischen Bad Breisig den Obdachlosen Klaus Dieter Klein, 49. Bei der Vernehmung geben die Täter, so die Polizei, "rechtsextremistische" Motive an.

3. August 1992: Drei Ordner einer Diskothek im thüringischen Stotternheim schlagen einen Polen so brutal zusammen, daß er kurz darauf stirbt. Alle drei kommen aus der Skinhead-Szene.

24. August 1992: In Koblenz wird der Obdachlose Frank Bönisch, 35, von einem Amokläufer erschossen, der später seine Tat mit "allgemeinen Haßgefühlen" begründet.

13. November 1992: In Wuppertal wird der 53jährige Karl Heinz Rohn von zwei Skinheads zusammengeschlagen und dann mit Schnaps übergossen und angezündet. In einem vorhergegangenen Streit zwischen dem Opfer und den Tätern hatte der Wirt behauptet: "Das ist ein Jude!"

21. November 1992: In der Nacht zum Samstag wird der 27jährige Berliner Hausbesetzer Silvio Meier von einem Neonazi erstochen.

23. November 1992: In Mölln kommen die Türkinnen Vahide Arslan, 51, Ayse Yilmaz, 14 und Yeliz Arslan, 10, bei einem Brandanschlag auf das Haus in den Flammen um.



Auch wir empfinden tiefe Trauer für die Opfer der rassistisch-faschistischen Mordanschläge.

Wir meinen aber, daß unsere Reaktion darauf über Trauer und Entsetzen hinausgehen muß, daß wir den gemeinsamen Kampf verstärken müssen, wenn wir nicht weitere Opfer beklagen wollen...

Dies sind lediglich Beispiele für faschistische Morde in diesem Jahr, die wir zusammentragen konnten. Die Dunkelziffer neonazistischer Gewalttaten dürfte viel höher sein. Schwer aufzuklären sind etwa die Ursachen vieler Brände in AsylbewerberInnenheimen. Beispiel: Bei einem Feuer im hessischen Lampertsheim kam am 31. Januar eine Familie aus Sri Lanka mit ihrem Baby in den Flammen um. Die Polizei teilte dazu die Vermutung mit, daß eine weggeworfene Zigarettenkippe das Feuer entfacht habe. Schon ein/e Tote/r bei Gewalttaten mit rassistisch-faschistischem Hintergrund ist ein/e Tote/r zuviel. Und Trauer um die Toten allein ist nicht genug, um weitere Morde zu verhindern. Heute tut ein kontinuierlicher und mutiger Kampf gegen Rassismus und Faschismus mehr denn je Not - ein gemeinsamer Kampf der demokratischen Kräfte aller Nationalitäten!

(Quellennachweis: "DER SPIEGEL", Nr 39/1992 und verschiedene Ausgaben von "die tageszeitung")